

Schweizer Nationalbank Klimasünder Nummer 1?

Die Schweizer Nationalbank investiert 10.8 % ihres US-Aktienportfolios von 61.5 Mrd. US\$ in börsennotierte Unternehmen der fossilen Industrie.

Das geht aus der von den „Artisans de la transition“ in Auftrag gegebenen Studie der South Pole Group (SPG) hervor. Rund die Hälfte davon (3.8 Mrd. US\$) legt die Schweizer Nationalbank in Unternehmen des sogenannten Carbon Underground 200 an. Dies sind die 200 am stärksten auf fossile Energien ausgerichteten US-Unternehmen, die auf der schwarzen Liste der globalen Divestment-Kampagne stehen. Alleine dieses US-Aktien-Paket verursacht CO₂-Emissionen von 46.5 Mio.

Tonnen, fast gleich viel wie die Schweiz jährlich ausstösst (49 Mio. Tonnen). Damit nimmt die Nationalbank eine globale Erwärmung von 4°C bis zu 6°C in Kauf. Zudem verlor sie zwischen 2013 und 2016 damit 4 Mrd. Dollar.

Gemäss der Studie repräsentieren die zehn grössten Verursacher von CO₂-Emissionen des US-Dollar-Aktienportfolios der Nationalbank nur gerade 4 % der Aktiven, sind aber für 43 % der Treibhausgasemissionen des Portfolios verantwortlich. Hier könnte mit geringem Aufwand sehr viel für das Klima getan werden.

Nur USA-Portfolio genau untersucht

Zu beachten ist indes, dass SPG lediglich 9 % des gesamten SNB Anlagevermögens untersuchte, nämlich die in den USA angelegten Vermögen. Dieses Segment garantierte die verlässlichsten Informationen, da die Liste der Vermögensbestände regelmässig durch die US-Finanzkontrollbehörde (SEC) veröffentlicht wird. Abzuschätzen, inwieweit die restlichen 91 % der Nationalbank-Investitionen ebenfalls klimaschädlich sind, ist nicht möglich. Die SPG-Untersuchung der Vermögensanlagen in den USA lässt jedoch darauf schliessen, dass die Schweizerische Nationalbank mit ihrem Investitionskurs eine globale Erwärmung von 4°C bis zu 6°C in Kauf nimmt. Die Nationalbank untergräbt somit die Ziele des Pariser Klimaabkommens und läuft den Bemühungen der Regierung entgegen, dieses angemessen umzusetzen.

„...grösstmögliche Diversifikation“

Die Schweizer Nationalbank hat gegenüber der Kampagne „Mein Geld ist sauber“ folgende Erklärung abgegeben: „Die Nationalbank strebt im Rahmen ihres gesetzlichen und verfassungsmässigen Auftrages die Erzielung solider Renditen aufgrund einer grösstmöglichen Diversifikation an“. Die Untersuchung der SPG zeigt jedoch: Ein derart hoher Anteil an Investitionen in fossile Energien missachtet das Prinzip der Diversifikation.

Die Studie hat auch gezeigt, wie einfach ein Ausstieg aus den fossilen Energien wäre. Bei Anlagen wäre ein Wechsel auf klimafreundlichere Unternehmen im Energiesektor schon heute ohne höhere Risiken möglich. Technische Hilfsmittel zur Ermittlung der sogenannten Investment Carbon Exposure sind bereits vorhanden und stehen online zur Verfügung.

Steigendes Risiko der Erdöl-, Erdgas- und Kohle-Industrie

Die Erdöl-, Erdgas- und Kohle-Industrie ist zunehmend risikobehaftet sowohl aus Gründen der Endlichkeit der Ressourcen als auch wegen der Bemühungen den Klimawandel zu bekämpfen. Vermögensanlagen in fossile Energien können somit keine „soliden Renditen“ garantieren. Die SPG-Studie hat eine Simulation für das US-Portfolio der Schweizer Nationalbank vorgenommen. Referenz für die Entwicklung des Portfolios war die Annahme, dass die SNB per 1. Januar 2013 folgende Anlagen abgestossen hätte: Alle Unternehmen der Carbon Underground 200 sowie Schiefergas-Firmen und Unternehmen, die mehr als 30 % ihres Umsatzes mit der Förderung und Verbrennung von Kohle machen. Die SPG-Berechnungen zeigen: Von 2013 bis Ende 2016 hat die Schweizer Nationalbank mit dem Amerika-Portfolio 4 Mrd. Dollar verloren resp. nicht realisiert und somit schlechter abgeschlossen, als es mit einem bereinigten Portfolio möglich gewesen wäre.

Aufklärung tut not

Die Studie der SPG hält fest, dass ihr Bericht nicht auf eine Stigmatisierung der Schweizer Nationalbank zielt, sondern die Aufmerksamkeit der Investoren und der Öffentlichkeit auf die Problematik der Kohlenstoffblase und deren Konsequenzen für das Klima richten will. Nebst der SNB sind auch die meisten anderen Akteure am Schweizer Finanzplatz angesprochen. Weltweit ist ein Grossteil der Investitionen von Einrichtungen zur beruflichen Altersvorsorge in fossile Energien angelegt.



Statt solide Renditen zu erzielen, hat die Nationalbank mit ihren Anlagen in fossile Unternehmen in den USA in drei Jahren 4 Mrd. Dollar verloren resp. nicht realisiert.

WEF erwähnt Kohlenstoffblase mit keinem Wort

Vor wenigen Tagen publizierte das World Economic Forum WEF eine Studie zum Thema „Renten-Lücken“, die Lücke zwischen Rentenverpflichtungen und dem dafür zurückgelegten Vermögen, die bis 2050 bis auf 400 Billionen US\$ anwachsen könnte. Als Gründe werden die demografische Entwicklung und niedrige Anlagerenditen erwähnt. Kein Wort von der Kohlenstoffblase, obwohl die Industrie der fossilen Energien jahrzehntelang die westlichen Wohlfahrtsstaaten am Leben hielt. Wenn die Kohlenstoffblase platzen sollte, dann werden wohl einige Rentensysteme dies nicht überleben.

Auf Kollisionskurs mit Bund und Kantonen

In Bezug auf die fossilen Investitionen sind Schweizer Nationalbank und Bund/Kantone auf Kollisionskurs. Die Schweizer Nationalbank schrieb 2015: „Es steht der Schweizer Nationalbank nicht zu, in ihrer Anlagepolitik ethische Normen anzuwenden.“ Andererseits verfolgen die meisten Kantone Treibhausgasreduktionsziele und der Bund bemüht sich, die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Die Nationalbank verteilt jährlich 1 Mrd. Franken, einen Drittel an den Bund, zwei Drittel an die Kantone. Diese Auszahlungen sind ein weiterer Widerspruch zur Klimapolitik von Bund und Kantonen. Es stellt sich folglich die Frage, ob diese der Nationalbank erlauben, ihren Investitionskurs in fossile Energien weiterzuführen, und gleichzeitig auf die Ausschüttungen der CO₂-belasteten Gelder der Nationalbank zählen? Auf Kosten des Klimas notabene.

Pariser Klimaabkommen

Das Ziel des Pariser Klimaabkommens vom Dezember 2015 ist, die weltweite Temperaturerhöhung deutlich unter 2°C zu halten. Der Bundesrat hatte schon kurze Zeit später die Botschaft zur Ratifizierung des Abkommens verabschiedet. Am 7. Juni hat der Ständerat erfreulicherweise dem Pariser Klima-Abkommen zugestimmt. Damit hat unser Parlament den Beitritt zum Abkommen beschlossen. Auf dem politischen Parkett jedoch kaum diskutiert werden die höchst brisanten Investitionen der Nationalbank.

Finanzplatz Schweiz zeichnet sich durch Desinteresse aus

Eine der Vorgaben des Pariser Klimaabkommens ist die Forderung, dass „die Finanzmittelflüsse in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung“. Wie steht es diesbezüglich mit dem Finanzplatz Schweiz? Vor einigen Monaten ging die Revision des CO₂-Gesetzes in die Vernehmlassung mit der Aufforderung an die Investoren, zu ermitteln, wie viel CO₂ ihre Anlagen verursachen. Seit März 2014 verzeichneten wir neunzehn politische Vorstösse – 5 auf eidgenössischer Ebene, 7 auf kantonaler Ebene und 6 in Städten –, die die CO₂-Problematik bei Investitionen zum Thema hatten. Der Finanzplatz Schweiz hingegen zeichnet sich durch Desinteresse aus. Nur gerade drei Vorsorgeeinrichtungen aus der Schweiz finden sich unter den weltweit 688 Institutionen, die sich gemäss der aktuellen Liste 350.org weltweit zur Desinvestition aus den fossilen Energien verpflichtet haben.

Carbon Tracker Initiative fordert Verzicht

Schon 2011 hat die NGO „Carbon Tracker Initiative“ (CTI) ihren ersten Bericht mit dem Titel „Unburnable Carbon“ veröffentlicht. Darin stellt CTI fest, dass die bewiesenen, sich noch im Boden befindenden Reserven von privaten Konzernen und von Regierungen etwa 2795 GT CO₂eq. (CO₂-Äquivalenten) entsprechen. Alleine die Reserven an fossilen Energieträgern der 100 grössten börsenkotierten Öl- und Gasunternehmen machen schon Treibhausgasemissionen von 745 Gt CO₂eq aus. Der Verzicht auf diesen Reichtum ist die grösste Herausforderung bei der Bewältigung des Klimawandels und stellt eine gewaltige Herausforderung bei der Umsetzung des Klimaabkommens dar.

Pariser Klimaschutzabkommen verdient mehr Engagement

Letzte Woche hat Präsident Trump die USA, den zweitgrössten CO2-Emittenten der Welt, aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015 herausgeführt. Immerhin bleibt auch in den USA noch Hoffnung, denn schon am darauffolgenden Tag haben sich 30 Bürgermeister von grossen Städten, 3 Gouverneure von Bundesstaaten, 80 Universitätspräsidenten und über 100 Unternehmen zusammengeschlossen, um bei der UNO einen Spezialstatus neben den 195 Unterzeichnern des Klimaabkommens zu erhalten. Unter den Initianten befinden sich auch der Staat Kalifornien, mit einer Wirtschaftsleistung vergleichbar mit Italien, oder der Staat New York, mit einer Wirtschaftsleistung vergleichbar mit Mexiko. Die Initiative wird koordiniert von Michael Bloomberg, dem ehemaligen Bürgermeister von New York City, der auch 14 Mio. US\$ für die Koordination zur Verfügung stellt. Die Trump-Administration setzt auf ihre sogenannte Basis, die hauptsächlich aus den 32 Mio. „Twitter Followers“ von Donald Trump besteht, das sind etwa 10 % der US Bevölkerung. In dieser Situation ist es bedauerlich, dass eine bedeutende Schweizer Institution wie die Schweizer Nationalbank mit ihrer Investitionspolitik die Ziele des Pariser Abkommens untergräbt und nicht resoluter für den Kampf gegen Klimawandel einsteht.

Während sich in den USA Widerstand gegen den Beschluss der Regierung Trump mobilisiert, hat in der Schweiz die SVP nichts Besseres zu tun, als Trumps Mut zu loben. Es bleibt zu hoffen, dass die Schweiz trotz dieser Entwicklungen das Klimaabkommen so schnell wie möglich ratifiziert und dass gleichzeitig institutionelle Anleger wie die SNB ihre Investitionsstrategien klimaverträglicher gestalten und somit ihren Beitrag zur Rettung des Klimaabkommens und des Planeten leisten.

[USA-Finanzanlagen der Schweizer Nationalbank in fossile Unternehmen: ein Desaster für Rendite und Klima](#)

[Les investissements de la BNS dans l'industrie fossile aux Etats-Unis : une catastrophe financière et pour le climat](#)

Text: Walter Stocker, Präsident ASPO Schweiz